

Schömberg

Mager erwägt rechtliche Schritte

Von Schwarzwälder-Bote, aktualisiert am 07.12.2010 um 19:45

Von Anja Schmidt

Rottweil-Zepfenhan. Zum Bürgerentscheid über einen Gefängnisneubau im Bitzwäldle gibt es vom Ortschaftsrat Zepfenhan keine Empfehlung. Ohne die notwendigen Fakten könne nicht entschieden werden, lautete das Urteil der Zepfenhaner Räte.

Erst aus der Presse habe er erfahren, dass eine Rottweiler Delegation zum Gespräch über den Bürgerentscheid nach Stuttgart eingeladen worden war, monierte Ortsvorsteher Eugen Mager. Und erst aus der Presse habe er erfahren, dass sich der Flächenbedarf für das Großgefängnis um drei Hektar verkleinert habe. Zudem fehle weiterhin die Information, wo das Freigängerheim eingerichtet werde.

Solch ein Kommunikationsgebaren mache es nicht nur den Räten schwer, eine Entscheidung zu treffen, sondern auch den Bürgern. Glaube man jedoch, dass für das Gefängnis nur noch zwölf Hektar benötigt werden, seien neue Voraussetzungen geschaffen, die sich nicht mehr allein auf das Bitzwäldle beziehen könnten. Mithin müsse eine neue Standortsuche eingeleitet werden.

Dann sei das Land gefordert, den gesetzlichen Vorgaben zu folgen. Behörden seien verpflichtet, sparsam und schonend mit dem Boden umzugehen und bereits versiegelte Flächen zu nutzen. Auch erinnerte Mager an den 1973 geschlossenen Eingliederungsvertrag zwischen Rottweil und Zepfenhan. Damals habe sich die Stadt zum rücksichtsvollen Umgang mit dem landwirtschaftlich gepflegten Ort verpflichtet. Mehrmals schon sei die Stadtverwaltung auf diesen Punkt hingewiesen worden. Bisläng, so Mager, wurde nicht darauf reagiert. Notfalls werde daher der gerichtliche Weg beschritten.